

Je später der Abend, desto wüster die Beschimpfungen

Grundstückseigner fühlen sich benachteiligt: Bei der Bürgerversammlung in Gottenheim musste sich Bürgermeister Schwenninger heftiger Vorwürfe erwehren

GOTTENHEIM (ms). Von Erpressung bis Abzocke reichten die Vorwürfe, die sich Gottenheims Bürgermeister Alfred Schwenninger am Montagabend in der Bürgerversammlung anhören musste. Eingestreut waren auch persönliche Beleidigungen. Grundstückseigentümer des Baugebietes Steinacker/Berg machten so ihrem Ärger über die ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Forderungen der Gemeindeverwaltung Luft. Was mit harmonischen Melodien des Musikvereins begann, endete um Mitternacht mit lauten Beschimpfungen.

Friedlich begann um 19.30 Uhr die Bürgerversammlung. Der Musikverein spielte flotte Marschmusik, rund 150 Bürger hatten in der Gymnastikhalle der Gottenheimer Schule Platz genommen. Bürgermeister Alfred Schwenninger begann mit einem Rückblick auf die Bürgerversammlung vom Februar 1999 und legte dar, was inzwischen verwirklicht werden konnte und was nicht. Auf der Wunschliste steht zum Beispiel immer noch die Mehrzweckhalle. Schwenninger: „Nun ist es aber an der Zeit für eine Halle“.

Mit viel Liebe zum Detail erläuterte Schwenninger dann die Pläne für die Mehrzweckhalle. Ob es im kommenden

Jahr etwas mit den beantragten Zuschüssen werde, die für dieses Jahr abgelehnt worden waren, wusste der Bürgermeister zwar noch nicht, dennoch zeigte er sich optimistisch. Direkt nach dem Bau der Halle stehe dann der Bau der Parkplätze an der Bahnhofstraße sowie die Sanierung der Schulstraße an. Als Kosten schätzte Schwenninger rund drei Millionen Euro für die Halle, gut 500 000 Euro für die Parkplätze und noch mal 200 000 Euro für die Schulstraße. Ein Teil der Mittel sei schon im aktuellen Haushalt drin, abzüglich der Fördermittel und der Umwandlung der Wasserversorgung in einen Eigenbetrieb rechne er, so Schwenninger abschließend, noch mit einer Kreditaufnahme von 500 000 Euro. Auch kritische Nachfragen der Bürger, ob es denn sinnvoll sei, die Wasserversorgung auszugliedern, so viele Bäume zu pflanzen oder mit der Schulstraße so lange zu warten, bis die Halle gebaut ist, beantwortete der Bürgermeister gern und ausführlich. Erst um 21.30 Uhr war der erste Themenblock abgearbeitet und es ging in die Pause, in der der Musikverein nochmals aufspielte.

Bei neuen Baugebieten, so der Bürgermeister anschließend, wolle die Ge-

meinde auf Eigenentwicklung setzen. Da die Gemeinde aber kaum noch eigenes Baugelände habe, sei Steinacker/Berg als nächstes Baugebiet vorgesehen. Der Gemeinderat habe sich grob auf ein Konzept geeinigt, das Steuerungs-elemente zu Bebauung, Kostenneutralität für die Gemeinde und eine Flächenabgabe für Infrastrukturmaßnahmen (etwa 30 Prozent) vorsieht. Die genauen Details müssten aber noch diskutiert werden. Mit diesen Vorgaben jedoch, die auch im Gemeindeblatt veröffentlicht worden waren, zogen sich die Gemeinderäte und der Bürgermeister jedoch den geballten Unmut einiger anwesender Bürger und Grundstücksbesitzer zu.

„Sie lassen doch nur Phrasen los“

Walter Hunn unterbrach gar die Ausführungen des Bürgermeisters, sie seien „grottenfalsch“. Auch Harald Schönberger, der als einziger Gemeinderat nicht am Rattisch bei seinen Kollegen Platz genommen hatte, sondern im Saal zwischen den Bürgern saß, widersprach dem Gemeindeoberhaupt. Die Angelegenheit sei völlig falsch dargestellt worden. Der Bürgermeister wolle die Bürger „abzocken“, um damit die Halle zu fi-

nanzieren, so der Tenor der Grundstückseigner. Zudem stünden die Angaben im Gemeindeblatt im klaren Widerspruch zu dem, was in der Gemeinderatssitzung besprochen worden sei.

Der Bürgermeister sah dies natürlich ganz anders. Die Absicht der Verwaltung sei es, einen städtebaulichen Vertrag mit den Grundstückseignern abzuschließen. Hierin sollten eine Bebauungsfrist von bis zu 15 Jahren und ein Flächenbeitrag von rund 30 Prozent festgeschrieben werden. In anderen Gemeinden sei dieser Abzug noch viel höher, Vörstetten habe zum Beispiel 40 Prozent Abzug vereinbart, andere Orte bis zu 50 Prozent: „Wir sind in Gottenheim brav und gar nicht so schlimm“.

Harald Schönberger kritisierte darauf hin, der Bürgermeister habe alles durcheinander geworfen, was man durcheinander bringen könne. Es gebe einen Unterschied zwischen Flächenabzug und Flächenbeitrag. Zudem seien seiner Rechtskenntnis nach nur maximal 30 Prozent erlaubt. Weiterhin sollten doch die speziellen Gottenheimer Verhältnisse beachtet werden. Walter Hunn sprach in diesem Zusammenhang sogar von Erpressung. Man müsse doch den geschichtlichen Hintergrund des Bauge-

bietes beachten und der Bürgermeister solle keinen Sozialneid schaffen: „Sie lassen doch nur Phrasen los, das ist populistisch. Wir kennen die Paragraphen des Baugesetzbuches auswendig, da müssen sie gut aufpassen, um mit uns in Augenhöhe reden zu können“!

Auch Bruno Tibi schloss sich der Kritik seiner Vorredner an: „Sie sagen nicht was Sie wollen, im Gemeindeblatt ist die Sache total verdreht dargestellt worden“. Im Detail kritisierte Tibi anschließend die aus seiner Sicht unnötigen Infrastrukturabgaben beim geplanten Baugebiet.

Nun fühlten sich einige Gemeinderäte nach langem Schweigen berufen, ihrem Bürgermeister beizustehen. Birgit Wiloth-Sacherer erklärte, dass die Infrastrukturmaßnahmen sehr wohl im Gemeinderat diskutiert worden seien und dies auch richtig im „Blättle“ wiedergegeben worden sei. Wolfgang Streicher sprach sogar davon, dass es nur drei Familien von Grundstückseignern seien, die hier Polemik machten. Damit war er beim Publikum aber unten durch. So ging es dann noch einige Zeit hin und her, auch nach der Bürgerversammlung wurde noch sehr emotional weiter diskutiert.